Bundes Jugend Vertretung

Gemäß GO §9.1. wurde der nachfolgende Antrag fristgerecht eingebracht und wird daher bei der Vollversammlung der Österreichischen Kinder- und Jugendvertretung am 26. März 2026 zur Abstimmung gebracht.

Mitgliedsorganisation/Antragsteller*in

Alpenvereinsjugend Österreich, unterstützt durch: Naturfreundejugend Österreich, F

Titel des Antrags

Stärkung der Lobbyarbeit der Bundesjugendvertretung für ein verbindliches, wirksar

Antragstext

Die Vollversammlung der Bundesjugendvertretung möge beschließen:

Die Bundesjugendvertretung (BJV) wird ersucht, basierend auf dem gemeinsamen Offenen Brief vom 6. November 2025, ihre Initiative und politische Lobbyarbeit für ein starkes, wirksames und rechtsverbindliches KlimaSCHUTZgesetz fortzuführen und weiter zu intensivieren.

Konkret umfasst dies, sich gegenüber der Bundesregierung und insbesondere gegenüber Bundesminister Totschnig weiterhin mit Nachdruck für folgende Eckpunkte eines wirksamen Klimaschutzgesetzes einzusetzen:

1. Verbindliches Ziel der Klimaneutralität bis 2040, gesetzlich abgesichert durch einen klaren Zielpfad und jährliche Zwischenziele.

2. Sektorziele und klare Verantwortlichkeiten in allen relevanten Bereichen (Energie, Mobilität, Gebäude, Landwirtschaft, Industrie) sowie verpflichtende Korrekturmechanismen bei Zielverfehlungen.

3. Einen öffentlichen, überprüfbaren Klimafahrplan mit jährlichen Emissionsbudgets und verbindlichen Maßnahmen.

4. Unabhängiges Monitoring, inklusive eines verpflichtenden Kinderrechte Monitorings zur Bewertung der Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen auf junge Menschen.

5. Rechtsschutzsicherung, insbesondere durch die Verankerung eines Rechts auf Klimaschutz in der österreichischen Verfassung und die strukturelle Verknüpfung von Kinder- und Jugendrechten mit Klima- und Umweltschutz.

Darüber hinaus soll die BJV sich dafür einsetzen, dass junge Menschen aktiv und systematisch in die Gestaltung des Klimaschutzgesetzes eingebunden werden – etwa über den Klimajugendrat oder weitere jugendpolitische Beteiligungsformate.

HINTERGRUND:

Österreich verfügt seit rund fünf Jahren über kein gültiges Klimaschutzgesetz. Es fehlen politische Rahmenbedingungen, die einen wirksamen und verbindlichen Klimaschutz sicherstellen.

Kinder und Jugendliche spüren die Auswirkungen der Klimakrise bereits heute deutlich – etwa durch Extremwetterereignisse, Hitzebelastung, den Verlust alpiner Lebensräume und Biodiversität. Junge Menschen haben ein Recht auf eine gesunde Umwelt und eine Zukunft, in der sie sicher leben können.

Der Offene Brief vom 6. November 2025 (https://www.alpenverein.at/portal/service/presse/2025/2025_11_06_jugend-fuer-klimaschutz.php), den die BJV gemeinsam mit sieben Kinder und Jugendorganisationen veröffentlicht hat, zeigt klar: Die österreichische Jugend fordert eine aktive und mutige Klimapolitik sowie ein Gesetz, das echte Wirksamkeit entfaltet.

Als gesetzlich verankerte Interessenvertretung von rund drei Millionen jungen Menschen kommt der Bundesjugendvertretung eine besondere Rolle zu, diese Forderungen gegenüber der Politik entschlossen und wirkungsvoll zu vertreten.
Die Alpenvereinsjugend Österreich beantragt daher – unterstützt durch alle BJV Mitgliedsorganisationen des Bündnisses zum